

Kommentare

Einführung durch Aussperrung?

Praktizierte Studienreform und das Drama professoraler Solidarität

Nach Klagen von Erstsemestern kritisieren Studenten eine »Einführung in die Rechtswissenschaft«. Sie knüpfen dabei an Äußerungen des Ordinarius über den Begriff der Gerechtigkeit an (Gerechtigkeit sei Alter, tiefes, langes Nachdenken, Selbsterziehung und graue Haare). Als die Fragen zu unbequem werden, bricht der Professor die Diskussion unter dem Hinweis ab, daß er »Art und Umfang der Vorlesung bestimme«. Die nächste Stunde bringt zu Beginn erfolgloses Fingerheben. Dem entgeht man jedoch in der Weise, daß man selbständig das Wort ergreift. Auf Befragen muß der Ordinarius zugeben, »er besitze kein Konzept für die Vorlesung, er taste sich so heran«. Das führt endlich dazu, daß Studenten ein eigenes Konzept zur Diskussion stellen. Der Ordinarius betrachtet das alles als einen Angriff auf die Lehrfreiheit und verläßt indigniert die Vorlesung. Seine Kollegen (mit einer wirklichen Ausnahme) beeilen sich, dem beizupflichten – »schwerer Angriff« – und sperren die Studenten der Juristischen Fakultät für den Nachmittag des 9. November und für den darauffolgenden Tag aus, indem sie den Vorlesungsbetrieb einstellen.

Das geschah an der Johann-Wolfgang-Goethe Universität in Frankfurt am Main.

Vorausgegangen waren der Versuch einer staatsrechtlichen Gegenvorlesung im WS 1967/68 und Beiträge zur Politischen Universität aus Anlaß der 3. Lesung der Notstandsgesetze Ende Mai 1968. Initiator und Träger dieser Veranstaltungen war ein Kreis von Studenten, die in wissenschaftlich-politischer Arbeit ihre Kritik an der Entwicklung der BRD und ihr Unbehagen am Studium zum Ausgangspunkt einer Kritik der juristischen Ausbildung und deren Gegenstand, der Rechtswissenschaft, machten, indem sie die politischen Implikationen von Recht aufwiesen (vgl. Universität und Widerstand, Frankfurt (Main) 1968, S. 130 ff.).

Dieser Praxis liegt eine kritische Theorie zugrunde, die die Krise von Staat, Gesellschaft und Recht zu analysieren versucht und in der Einlösung eines geschichtlich emanzipatorischen Anspruchs die Alternative zu einer autoritären Gesellschaft sieht. Danach hätte z. B. eine »Einführung in die Rechtswissenschaft« davon auszugehen, daß eine systematische Rechtswissenschaft, vor dem Hintergrund des Strukturwandels vom liberalen Rechtsstaat zum Sozialstaat, nicht mehr existiert. Sie hätte also die »Problemzonen« von Recht aufzuzeigen, ausgehend von Beispielen, die dem Erfahrungsbereich von Erstsemestern entsprechen, dabei Theorie und praktische Einsicht vermittelnd. Das alles in einem »herrschaftsfreien Raum«, der eine weitgehende Selbsttätigkeit der Studenten zuläßt und die Vertreter anderer Disziplinen mit einschließt.

Solche Überlegungen und deren Umsetzung in einer praktizierten Studienreform

auf unterster Ebene scheinen gegenwärtig nur von Studenten geleistet werden zu können. Ministerien und Fakultäten können allenfalls gewisse institutionelle Sicherungen gewähren, sofern sie dazu überhaupt bereit sind. Und Tagungen, wie die von Loccum, erbringen »freundliche« Resolutionen, nicht mehr.

Eine kurze Analyse der Frankfurter Ereignisse bestätigt diese Thesen. Die Ordinarien, deren Geschäft »Wissenschaft« sein sollte, sind zu einer »echten« Studienreform nicht fähig. Vielmehr leisten sie entsprechenden studentischen Vorhaben und Bemühungen erbitterten Widerstand. Zur Verteidigung ihrer Herrschaftsstellung verwenden sie verschiedene Legitimationsinstanzen:

1. Zu allererst bedienen sie sich einer legalistischen Absicherung ihrer Position aus Art. 5 Abs. III GG. Der kritisierte Ordinarius, Unterzeichner des »Marburger Manifests«, versteht sich denn auch als »Herr der Vorlesung«, der »Art und Umfang der Vorlesung bestimmt« und, gleichsam Inkarnation des Wesenskerns des Art. 5 Abs. III GG, die Meinungsfreiheit seiner Zuhörer beschränkt – »Ich lasse keine weiteren Wortmeldungen mehr zu«. Daß Art. 5 Abs. III GG nicht die Selbstbefriedigung eines Ordinarius schützt, der allgemeine Lebensweisheiten und Bauernregeln von sich gibt, sondern die Freiheit einer Wissenschaft garantiert, die rationaler Kritik zugänglich und von irrationalen Zwängen unabhängig ist, sollte inzwischen auch Professoren der Jurisprudenz bekannt sein. Wenn Ausführungen über den Inhalt von Goethes Faust, die Männlichkeit des juristischen Berufs oder die Notwendigkeit eine Schreibmaschine zu besitzen Studenten zur Selbsthilfe zwingen, kann darin kein Angriff auf die durch Art. 5 Abs. III GG geschützte Wissenschaftsfreiheit gesehen werden.

2. Zusätzlich bemüht man Form- und Stilfragen. »Die anstehenden Fragen hätten doch intern (bzw. außerhalb der Vorlesung) geklärt werden können« oder »man könne doch einem Professor nicht ins Wort fallen«. Eine solche Meinung verkennt aber, daß auf diese Weise unbequeme Fragen in der Vorlesung jederzeit vermieden werden, Wahrheitsfindung als Folge eines öffentlichen Raisonnements also unmöglich würde.

3. Der perfideste Vorwurf, dem Studenten ausgesetzt sind, ist der des »Linksfaschismus«. Man setzt das insistierende Fragen dem Eindringen brauner Horden in die Hörsäle von Weimar gleich. Dem liegt eine Irrationalität zugrunde, die sich nicht darum bemüht, zwischen Rassenmythos, Dezipation faschistischer Provenienz und einem emanzipatorischen Anspruch (demokratisch und rational zugleich) zu unterscheiden. Man entzieht sich der Diskussion innerhalb der Vorlesung und greift zu Maßnahmen (Aussperrung), die dann von den Professoren selbst in den Kategorien von Freund und Feind gekennzeichnet werden. So muß sich denn dieses Verhalten seinerseits seine Nähe zum Faschismus zum Vorwurf machen lassen.

Diese Verhaltensmuster finden sich beileibe nicht nur bei »reaktionären« Ordinarien. Sechs bis sieben Professoren der genannten Fakultät sagt man nach (bzw. behaupten von sich), sie seien Liberale. Welch trauriges Verständnis von Liberalität muß das sein, ihren einstmaligen emanzipatorischen Charakter leugnend! Man geriert sich entgegenkommend, aber wehe die eigene Meinung und Herrschaftsposition wird an ihrem Anspruch gemessen! Hier decouvriert sich eine falschverstandene Toleranz, die kritische Rationalität zwar für gewöhnlich zuläßt, doch nur solange, wie die »Pluralität der Meinungen« eine dezisionistische Position unangetastet läßt.

Der Haltung der Professoren liegt darüber hinaus ein Bewußtsein zugrunde, das sich mit »Kollegialität« nur unzureichend bestimmen läßt. Die Standesschranken einer feudal strukturierten Hochschule lassen den Handlungsspielraum von Or-

dinarien viel deutlicher werden, den nur ein professoraler »Lernprozeß« und eine dadurch vermittelte »Demokratisierung« der Hochschulverfassung erweitern könnte. Doch davon ist man bei Professoren der Jurisprudenz noch weit entfernt.

Somit sind auch die Möglichkeiten einer von Studenten praktizierten Studienreform begrenzt. Ständige Disziplinierungsmaßnahmen fordern ihre Opfer. Die Herkunft der Studenten und eine noch immer am Positivismus orientierte Ausbildung, die zudem kein unmittelbar praktisches und wissenschaftliches Interesse, sondern ein Examensinteresse leitet, mahnen zur Vorsicht gegenüber Annahmen, die von einer schnellen Verhaltensänderung dieser Studenten ausgehen. Folgendes läßt sich jedoch konstatieren:

1. Arbeitsgruppen kritischer Studenten ist es möglich, einen Privatbereich zu verlassen und, sei es mit Hilfe der Institution Fachschaft, das Bewußtsein von Kommilitonen zu problematisieren.

2. Es liegt im Bereich des physisch und intellektuell Möglichen, daß diese Gruppen, bei der »Studienberatung« angefangen, eine Anpassung von Anfängern an den tradierten Studienbetrieb verhindern können und diese Situation auch zu stabilisieren vermögen.

3. Es ist ferner möglich – und das ist vor allem eine Frage der Taktik – die Fixierung einer Vielzahl von Studenten auf den Ordinarius zu brechen, um damit eine weitergehende Problematisierung von Lehrstoff etc. und eine selbsttätige Praxis vorzubereiten.

»Aber um sich zu heben, genügt es nicht, sich in Gedanken zu heben, und über dem wirklichen, sinnlichen Kopf das wirkliche, sinnliche Joch, das nicht mit Ideen wegzuspintisieren ist, schweben zu lassen« (Marx).

Heinrich Schacht

Seine Studenten und seine Sorgen

Am Mittwoch, dem 31. Juli 1968, war *Ernst Wolf* »Gast der WELT«. Seine Äußerungen betitelte er »Die Mißstände im Jura-Studium«, wobei das erklärend hinzugefügte Motto »Meine Studenten und meine Sorgen« offenbar die Autorität des Mitleidenden bekräftigen soll.

Wolf ist Direktor des Instituts für Arbeitsrecht an der Philipps-Universität zu Marburg und einer der wenigen kämpferischen Initiatoren jenes nach eben diesem Ort benannten Manifests.

Dreierlei macht seinen Artikel bemerkenswert:

Die Diagnose, es gäbe an der Universität »Mißstände«.

Die scharfe Einsicht in deren wahre Ursachen.

Die völlige Exkulpation der Professoren – zumindest als Ensemble einzelner Pädagogen.

Geprüft werden soll, was eine Analyse solcher Art leistet, ob sie eher erklärt oder verschleiert. Von dieser Aufgabe sollten nicht gelegentliche unflätige Randbemerkungen ablenken, die nur zum Ziel haben können, Ernst Wolf – ganz sicher vergeblich – lächerlich zu machen.

»Die Probleme, mit denen die Studenten . . . zu kämpfen haben« kann man nicht